

Hans-Josef Fell

Hans-Josef Fell, Am Rod 8, 97762 Hammelburg

20.07.2015

An Bund Naturschutz
Herrn Hubert Weiger
Dr. Johann-Maier-Str. 4
03049 Regensburg

Betreff: Beendigung meiner Mitgliedschaft im BUND

Sehr geehrter Herr Weiger, lieber Hubert,

Hiermit kündige ich mit sofortiger Wirkung meine Mitgliedschaft im Bund Naturschutz.

Dieser Schritt fällt mir nicht leicht, da ich die Naturschutzarbeit der vielen ehrenamtlichen Mitglieder des BUND sehr schätze.

Der Grund ist vielmehr die zunehmend kontraproduktive energiepolitische Arbeit des Bund Naturschutz - nicht in jeder Kreisgruppe, dort gibt es sehr wohl vielfache aktive Unterstützungen, z.B. für den Ausbau der Windkraft in Oberfranken, aber dennoch in vielen Kreisgruppen, Landesverbänden und auch in der BUND Leitung.

Ich beobachte zunehmend eine BUND-Politik im Energiesektor, die sich in der Wirkung aktiv gegen sehr viele notwendige Projekte, vor allem bei Erneuerbaren Energien, Speichern und notwendigem Leitungsbau ausrichtet. Vielfach sind auch vor Ort die Handlungen von Kreisgruppen, wie z.B. meine eigene in Bad Kissingen, sehr restriktiv gegen Erneuerbare Energien gerichtet.

Die gemeinsamen Ziele 'Atomausstieg und Klimaschutz', können nur mit einer schnellen Umstellung auf Erneuerbare Energien erreicht werden. Energieeffizienz und Energieeinsparung sind hierbei notwendige und wichtige Katalysatoren, aber kein Ersatz für den Ausbau der Erneuerbaren Energien. Zudem ist der Umbau der Infrastruktur in allen Energiesektoren mit dem Bau von Speichern und neuen Leitungen unverzichtbar.

In 7 Jahren müssen in Bayern wegen des Atomausstieges 48 Prozent der heutigen Stromerzeugung ersetzt worden sein und in den Nebelwochen des Winters gar über 70

Prozent. Der BN gefährdet mit seiner Verhinderung des regionalen und dezentralen Ausbaus der Erneuerbaren Energien und den neuen Leitungen den Atomausstieg in Bayern. Völlig offen unterstützt er die AntiSuedLink- und Anti-Erneuerbaren Energien Politik der CSU. Der BN darf sich nicht wundern, wenn in drei Jahren der Bayrische Ministerpräsident verkünden wird, dass der Atomausstieg bis zum Abschalten des letzten Atomkraftwerkes im Jahre 2022 nicht mehr zu schultern ist, weil der Ausbau der Erneuerbaren Energien „leider“ zum Erliegen kam und die Leitungen „leider“ am Protest der Bürger und Naturschutzverbände zu lange verzögert wurden.

Aus meiner Sicht trägt der Bund Naturschutz damit große Verantwortung und ist Mitverursacher, dass der Ausbau der Erneuerbaren Energien politisch, wie auch im realen Investment in Deutschland massiv zurückgeht. Für mich ist der Bund Naturschutz damit einer der starken Bremser auf dem Weg zu einer 100 prozentigen Erneuerbaren Energieversorgung. Er wird zunehmend Mitverursacher, dass der Ersatz für Atom- und Kohlestrom nicht schnell genug gelingen kann und konterkariert in seinen Handlungen mehr und mehr die eigenen Ziele.

Dies will ich mit meinen Beitragsgeldern nicht mehr länger unterstützen.

Einige wenige Schlaglichter mögen dies beleuchten:

So behauptet der BN in der Main Post vom 8. Juli 2015, dass der Bau des SüdLink und anderer Leitungen als Erdkabel ein „Desaster“ für die Energiewende sei. Damit opponiert der BN gegen eine Infrastrukturmaßnahme, die den zukünftig erforderlichen Ausgleich der Schwankungen von Solar- und Windstrom unterstützen wird. Die Behauptung, dass dies gegen den dezentralen Ausbau der Erneuerbaren Energien gerichtet ist, erschließt sich mir nicht. Das Gegenteil ist der Fall. Dabei ist es gerade der BN in Main-Rhön, der massiv den Ausbau der Erneuerbaren Energien und damit die dezentrale Energiewende behindert.

Auch andere Infrastrukturmaßnahmen, wie das Pumpspeicherkraft am Osser im bayerischen Wald und weitere bekämpft der BN massiv, dabei erschließt sich mir nicht, wie ohne neue überregionalen Leitungen und ohne neue Pumpspeicher der immense zukünftige Ausgleichsbedarf des kommenden Solar- und Windstromes gelingen soll. Deine Wortwahl gegen die investierende Firma und das Pumpspeicherprojekt ist erschreckend. Gerade diese Firma hat Erhebliches zum Ausbau der Erneuerbaren Energien investiert. So kann man nicht mit den Firmen umspringen, die Atomausstieg und Energiewende tatsächlich vollziehbar machen. Man kann nicht auf der einen Seite den erfolgreichen Ausbau der Erneuerbaren Energien loben und auf der anderen Seite den engagierten Firmen, die dies möglich gemacht haben nur „kurzfristige Gewinninteressen“ unterstellen. Dies ist schlichte Polemik und hat nichts mehr mit sachlicher Debatte zu tun (siehe Mittelbayerische Zeitung 3. Juli 2015). Gerade im Pumpspeicherbau gibt es keine kurzfristigen Gewinne.

Windkraft:

In der windreichen Rhön gibt es bis heute kein kommerzielles Windrad, vor allem weil die Kreisgruppe BN damals 1998 in seiner Stellungnahme den Bau des ersten Windrades verhinderte. Der Bund Naturschutz unterstützt weiterhin das rechtswidrige großflächige Pauschalverbot der Windkraft in der Rhön. Ich selbst hatte Dich vor zwei Jahren gebeten ein Zonierungskonzept zu unterstützen, es gab dazu keine Bewegung. Der BN ist zwar verbal gegen die 10H Regelung, ich kann aber keine Aktivitäten wie beispielsweise Klagen oder Klageunterstützungen gegen diese Windkraft-Verhinderungspolitik der Staatsregierung erkennen.

In RLP hat der dortige BUND Landesvorsitzende im Bundestagwahlkampf aufgerufen, die Grünen nicht zu wählen, weil die zuständige Ministerin an Zonierungskonzepten zum Bau von Windrädern auch in Naturparks arbeitete. Ich hatte dich gebeten, öffentlich klar zu stellen, dass es BUND Position ist, die Windkraft auszubauen. Du hast dies leider nicht gemacht und damit die massive Antiwindkraftpolitik im BUND gedeckt.

Wie ohne Windkraft in der Rhön und anderen windreichen Naturparks der dezentrale Ausbau der Erneuerbaren Energien gelingen kann, kann ich nicht erkennen und auch der BUND hat dazu kein belastbares Konzept vorgestellt.

PV-Anlagen:

In Diebach bei Hammelburg, will ein Unternehmer eine Solarstromfreiflächenanlage bauen. Der für den Naturschutz sehr verdienstvolle ehemalige BN-Kreisgruppenvorsitzende stellt sich klar gegen diese Freiflächenanlage, mit Naturschutzargumenten, was dem Bürgermeister eine gute Vorlage gibt, die Anlage zu verhindern und dies, obwohl der NABU längst in einer umfassenden Untersuchung darstellte, dass PV-Freiflächenanlagen hervorragend für den Artenschutz geeignet sind. Ähnliche andere Beispiele gibt es vielfältig.

Wasserkraft:

In der Rhön und auch anderswo gibt es viele Interessenten für den Ausbau der Kleinwasserkraft. Der BN opponiert überall massiv gegen die Wasserkraft, sogar mit Klagen gegen Bauwillige. So kam fast die gesamte BUND Leitungsriege letztes Jahr nach Gräfendorf angereist, um gegen die Pläne eines winzigen Wasserkraftausbaus dort zu protestieren. Es geht sowieso nichts mehr im Ausbau der Wasserkraft, womit ein wichtiger Baustein des Atomkraftersatzes schon weggefallen ist und da hat der BUND nichts Besseres zu tun, als gegen einen Winzling mit der gesamten Mannschaft aufzutreten.

Bioenergien:

Der Ausbau der Biogasanlagen und anderer Biomasseanlagen ist bundesweit zum Erliegen gekommen. Eine Teilursache dazu sind die pauschalen Vorwürfe, Biogasanlagen würden nur Maismonokulturen hervorrufen. Ohne Zweifel sind Maismonokulturen nicht akzeptabel, aber daraus eine pauschale Ablehnung von Biogasanlagen zu machen, ist kontraproduktiv zum Ausbau der Erneuerbaren Energien. Genau dazu haben aber der BUND und andere die Vorlagen geliefert.

Biokraftstoffe versus Erdöl

Auch im Treibstoffsektor verhindert der BUND mit seiner Verbandsposition auf europäischer Ebene den Ausbau der nachhaltigen Biokraftstoffe. Wir sind uns einig, dass Biokraftstoffe, für die Urwälder abgeholzt werden und die zu Monokulturen führen, zu verhindern sind. Doch die größte globale Entwaldungswirkung entfacht das Erdöl, wie im Weltnaturerbe Yasuni Nationalpark, dessen jetzt angelaufenen Ölbohrungen dieses reichste Artenschutzreservoir der Welt unwiederbringlich zerstören wird. Genauso die flächendeckende Entwaldung in Kanada, USA, Venezuela, Nigeria, Sudan durch den Abbau von Ölsanden und Ölschiefer. Auch die drohende Zerstörung weiter Arktisregionen durch Erdöltiefseebohrungen wird nur durch den anhaltenden Erdölkonsum verursacht. Wir haben uns vor zwei Jahren intensiv unterhalten, auf der europäischen Ebene statt ILUC, welches eine pauschale Verhinderung des Ausbaus auch der ökologisch sauberen Biokraftstoffe bringt, eine andere Biokraftstoffposition des BUND in Brüssel auf den Weg zu bringen. Leider hast Du dies nicht unterstützt. Nun ist vor allem auf Betreiben der europäischen Umweltverbände ILUC beschlossen worden. Damit ist die Entwicklung nachhaltiger Biokraftstoffe in Europa beendet worden. Der Effekt ist die weitere Nutzung des Erdöles auf hohem Niveau, weil eine der wichtigsten Alternativen mit Hilfe des BUND verhindert wird. Der BUND trägt damit Mitverantwortung für die weitere Entwaldung der Erde durch weitere Erdölbohrungen, sowie durch die durch die Verbrennung dieser Erdöle verursachte Erderwärmung.

Der BUND behauptet zwar in allen Verlautbarungen und öffentlichen Reden, hinter dem Ausbau der Erneuerbaren Energien zu stehen, behindert ihn aber auf Verbandsebene in zahllosen Oppositionen vor Ort und in der Führungsebene. Erneuerbare Energien sind Windkraft, Solar, Bioenergien, Biokraftstoffe, Wasserkraft und Geothermie. Bei fast allen diesen Erneuerbaren Energien gehört der BUND inzwischen zu den Verhinderern. Diese Doppelzüngigkeit ist nicht länger hinnehmbar.

Nein sagen gegen Kohle, Erdöl, Erdgas und Atom ist richtig, aber das Vielfache Nein des BUND gegen Erneuerbare Energien Projekte und Erneuerbare Energien Politik erstickt die Energiewende.

Der BUND opponiert wo er nur kann gegen Windkraft in Naturparks, gegen Wasserkraft sogar pauschal, gegen Biogasanlagen, gegen PV Freiflächenanlagen, gegen Pumpspeicherkraftwerke, gegen überregionalen Stromaustausch zum Ausgleich der Solar- und Windvolatilitäten. Der BUND und sein Vorsitzender stehen sich damit selbst im Wege in der Forderung nach dem Ausbau der Erneuerbaren Energien.

Klar ist, es gibt nun mal Zielkonflikte zwischen dem Ausbau der Erneuerbaren Energien und den notwendigen Infrastrukturmaßnahmen, wie Speichern und Leitungen. Der BUND stellt sich in seinen Handlungen dort wo die Zielkonflikte aufeinanderprallen eindeutig zumeist gegen die Investitionen in die Energiewende, statt den notwendigen Ausgleich zu suchen, damit beides gelingt. Damit stellt sich der BUND eindeutig gegen den schnellen Ausbau der Erneuerbaren Energien und behindert ihn in zahllosen Einzelprojekten. Ich halte dies angesichts der Herausforderung den Atomausstieg bis

2022 zu vollenden und gleichzeitig Klimaschutz mit dem Abschalten der fossilen Energieanlagen zu schaffen für unverantwortlich.

Diese widersprüchliche und in der Wirkung für einen globalen Klimaschutz vielfach schädliche Agitation in der BUND Führung, vieler BUND Teilorgane, Kreisgruppen und von Einzelmitgliedern gegen die Erneuerbaren Energien wird zum zunehmenden Problem und wird genüsslich von den Gegnern der Energiewende aufgegriffen und für ihre eigenen Interessen missbraucht.

Mit der Beendigung meiner jahrzehntelangen Mitgliedschaft im BN will ich damit eine längst überfällige Debatte anstoßen:

Der globale Artenschutz und der Naturschutz brauchen den schnellen und massiven Ausbau der Erneuerbaren Energien und die vollständige Beendigung der konventionellen Energien, anders sind Klimaschutz und damit Schutz der Artenvielfalt nicht zu schaffen. Der BUND behindert dies aktiv und stellt sich damit selbst gegen die eigenen Forderungen nach einer ökologischen Transformation der Weltgemeinschaft.

Ich bitte um eine Bestätigung meiner Kündigung

Mit freundlichen Grüßen

Hans-Josef Fell

(Mitglied des Deutschen Bundestages von 1998 bis 2013, Autor des EEG, Präsident Energy Watch Group)